stadt.land.links

NR.8|3.Quartal 2017

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos

SCHWERPUNKT: WAHLKAMPF-SCHLUSSSPURT

NRW JUSOS

INHALT

SCHWER-PUNKT: WAHL-KAMPF-SCHLUSS-SPURT



4
Wahlkampf-Bunte

6
Einstieg

7
Butter bei die Fische: Schwarzgelb verhindern

8
#gerechtist für mich...

10
Unsere Forderungen kurz und knapp

14
Junge Kandidat*innen

16
Schlussmobilisierung

17
Aktionen

18
Kritiken

20
G20

22
Bilanz NSU-Prozess

24
Rätsel

LIEBE NRW JUSOS,



2017 – die letzten Meter des wahrscheinlich längsten Wahlkampfs aller Zeiten! Flyern, Tür-zu-Tür, Bulliaktionen – alles läuft mittlerweile in (teils lästiger) Routine ab. Und der merkelsche Mehltau tut sein Übriges…zzzzzz…

NIX DA! Müdigkeit ist was für Luschen. Wir geben in den letzten Tagen nochmal alles! Denn – und das ist keine Floskel – es geht um jede Stimme! Warum? Das könnt Ihr in diesem Heft nachlesen. Wir haben für Euch das ultimative Motivations-Doping zusammen gestellt, mit dem Ihr bestens gerüstet seid für den Schlussspurt: Warum eigentlich Gerechtigkeit? Was heißt das konkret für mich? Welche jugendpolitischen Forderungen hat die SPD? Wer kandidiert für uns? Warum sind die letzten Tage so wichtig? Warum brauchen wir jede Stimme gegen die schwarzgelbe Horrorshow? Das alles findet Ihr in unserem Wahlkampf-Schwerpunkt. Legt euch das Heft unters Kissen bei den wenigen Stunden Schlaf, die wir bis zum 24.9. noch haben. Nehmt es mit aufs Klo, in die Bahn, zur Aktion und hämmert Euch unsere Forderungen in den Kopf. Damit Ihr jedem sagen könnt, warum und wofür wir kämpfen – trotz alledem und alledem.

Apropos Schwarzgelb: In NRW ist dieses Bündnis ja leider seit ein paar Wochen Realität. Schon jetzt hat Laschets Stolpertruppe einen historischen Fehlstart hingelegt. Von den vollmundigen Wahlversprechen ist quasi nix mehr übrig – dafür wurde bereits der erste Minister entmachtet. War halt eine dumme Idee, einen Medienmogul zum Minister für Medien machen zu wollen. #ArminLasset!

MÜDIGKEIT IST WAS FÜR LUSCHEN.

Und die nächste Wackelkandidatin sitzt im Landwirtschaftsministerium und betreibt eine Schweinezucht, in der die Tiere gequält werden. Megafail am Rhein. Doch viel schlimmer ist, dass das, was Schwarzgelb tatsächlich macht, noch viel schlimmer ist. Studiengebühren, Kahlschlag bei Mieter*innenrechten und und und. Klar ist: Wenn wir die NRWSPD erneuern wollen, dann kann es nur heißen: Diesen neoliberalen Konsens lehnen wir ab!

Darum wird es auch bei unserer Landeskonferenz vom 7.-8. Oktober in Herne gehen. Dann wird auch unser Vorsitzender Mike Groschek am Start sein, um uns über den Stand der Partei-Erneuerung zu berichten. Ich freu mich drauf, Euch da zu treffen!

Doch vorher heißt es: Keine Bremsen bis zum 24.9.! Wo kein Schnee liegt, kann gelaufen werden.

Glück Auf!

F. Cordes

Euer Freddy Cordes,
Landesvorsitzender der NRW Jusos









AUF IN DEN SCHLUSSSPURT!

Müdigkeit? Landtagswahl in den Knochen? Langweiliger Wahlkampf? Pustekuchen! Allen Widrigkeiten zum Trotz haben wir auch im zweiten großen Wahlkampf 2017 schon wieder alles gegeben. Jetzt sind es nur noch wenige Tage und man muss nicht Hellsehen können, um zu wissen, dass wir jetzt nochmal ne Schippe drauf legen werden! Es geht um jede Stimme. Weiter, immer weiter!












SPD


AM 24. SEPTEMBER
SPD WÄHLEN!
NRW
JUSOS


#JUSO




Jus




SPD SPD


#JUSOS








#JUSOS


eine
mehr
ein
lo
sollte





#GERECHTIST,

wenn wir Politik für alle machen, nicht nur für wenige.

In wenigen Tagen ist es soweit. Dann entscheiden die Menschen in der Bundesrepublik darüber, wie und von wem die Geschicke des Landes in den kommenden Jahren gelenkt werden sollen. Christian Lindner, der Posterboy der alten FDP in neuen Gewändern, hat das Rennen um den ersten Platz zwar vollmundig für entschieden erklärt. Doch wir wissen, dass ein Großteil der Wählerinnen und Wähler erst kurz vor dem Wahltermin seine Entscheidung trifft. Jetzt liegt es an uns, die Ärmel hochzukrempeln, einen geilen Endspurt hinzulegen und damit die Wahlparty der Konservativen ordentlich zu versauen. Am 24. September geht's nämlich nicht um die Frage, mit wem Angela Merkel den politischen Stillstand verwaltet. Ob es zu einer Neuauflage der schwarz-gelben Chaoskoalition oder dem Schluss einer schwarz-grünen Zweckehe kommt. Vielmehr entscheiden die Bürgerinnen und Bürger darüber, wo es mit diesem Land und Europa hingeht. Stellen wir unsere Gesellschaft durch Investitionen auf ein zukunftsfähiges Fundament oder verteilen wir Steuergeschenke an Reiche? Werden Hürden im Bildungswesen abgebaut, damit nicht die Herkunft eines Menschen über seine Zukunft entscheidet, oder kommen nur diejenigen in den Genuss bester Bildung, deren Eltern ein dickes Portmonee haben? Stehen wir gemeinsam gegen den Rechtsruck und für ein offenes Europa ein oder überlassen wir Nationalisten und Faschistinnen kampflos das Feld?

Mit unserer Jugendkampagne #gerechtist geben wir auf diese Fragen klare Antworten, die an die Lebenswirklichkeit unserer Generation anknüpfen. Kein profilloses und lebensfernes Geschwurbel, sondern konkrete Politikangebote: Von der Mindestausbildungsvergütung über grundsätzliche Verbesserungen beim BAföG und die Gleichstellung von Frauen und Männern bis hin zur Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine veränderte Steuerpolitik. Anders als Angela Merkel und die Union reden wir gesellschaftliche Schieflagen nicht schön. Wir benennen Probleme im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und buchstabieren vor diesem Hintergrund aus, was für uns als Jungsozialistinnen und Sozialdemokraten #gerechtist. Zugleich setzen wir mit unserer Kampagne auf eure Kreativität. Was ist für Euch gerecht? Postet eure Geschichten auf Instagram und Facebook – und genauso wichtig: Erzählt es den Leuten auf der Straße. Geht dabei an die Orte, an denen junge Menschen tatsächlich unterwegs sind. Wie gut das funktioniert, haben wir in den vergangenen Wochen auf unserer Festivaltour erlebt, wo zwischen Zelten, Bier und Seifenblasen über die Arbeit der Zukunft, das deutsche Rentensystem und den Umgang mit autoritären Bewegungen und Regierungen diskutiert wurde. Politikferne Jugendliche? Fehlanzeige. Unsere Generation ist hoch politisch, hat ernstzunehmende Sorgen und Wünsche und sehnt sich nach einer echten Alternative zum Merkel'schen Politikstil der Alternativlosigkeit.

Wie groß diese Sehnsucht ist, haben wir vor allem Anfang des Jahres erlebt, als überwiegend junge Leute den Weg in die Sozialdemokratie gefunden haben. Bis heute sind es ungefähr 20000 Neumitglieder, die das Gesicht unseres Verbandes und unserer Partei prägen werden. Diese Erfahrung sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn uns die Analysten und Kommentatorinnen weißmachen wollen, dass alles gelaufen sei. Entscheidend ist, dass wir die krassen Unterschiede zwischen dem bürgerlich-konservativen und dem fortschrittlich-linken Lager thematisieren, unseren Wählerinnen und Wählern lebensnah erklären und damit das Fundament für einen Richtungswechsel in der Bundespolitik schaffen. Gerade in NRW wird deutlich, was es heißt, wenn die SPD die Geschicke des Landes nicht mehr bestimmen kann. Die neoliberale Kahlschlaggemeinschaft aus CDU und FDP ist mit Populismus an die Macht gekommen und verabschiedet sich nun Stück für Stück von ihren Versprechen. Wo Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger in Aussicht gestellt wurden, werden heute die Rechte von ArbeitgeberInnen und privaten InvestorInnen gestärkt. Die Pendlerin beißt heute nicht nur ins Lenkrad, weil sie im Stau steht, sondern zudem weil ihre Rechte als Arbeitnehmerin von Laschet und seinen KomplizInnen eingeschränkt werden sollen. Die SPD stellt den Gegenentwurf zu dieser Politik dar. Wir machen Politik für alle, nicht nur für wenige. Genau darum geht's am 24. September. 12 Jahre Merkel sind genug. Was wir brauchen, ist der Einstieg in ein neues sozialdemokratisches Jahrzehnt, in dem die politischen wie gesellschaftlichen Voraussetzungen für gerechte und offene Politik wiederhergestellt werden. Lasst uns dafür in den kommenden Tagen kämpfen – und zwar mit breiter Brust und der Gewissheit, dass wir diejenigen sind, die konkrete Vorstellungen für die Zukunft der Bundesrepublik und Europas haben. Auf auf zum Kampf!



Matthias Glomb (27) ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand. Zur Zeit koordiniert er in der Wahlkampfleitung die Jugendkampagne zur Bundestagswahl mit. Zudem betreut er das Projekt „Stadt, Land, Struktur". Im 'real life' arbeitet er in einem Forschungsprojekt an der Uni Münster.



Svenja Haarmann (34) ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand, dem sie zuvor drei Jahre als "ordentliches" Mitglied angehörte. Für die Bundestagswahl hat sie das Wahlkampfhandbuch auf der Kampa17-Seite mit erstellt. Ansonsten entwickelt sie beruflich den Korrosionsschutz von Turboverdichtern.

BUTTER BEI DIE FISCHE: WARUM ES UM JEDE STIMME GEHT

Seit wenigen Wochen haben wir in NRW eine schwarz-gelbe Landesregierung aus CDU und FDP. Schon jetzt ist vollkommen klar, wo die Reise hingehen soll: die Studiengebühren sind zurück, die Mietpreisbremse weg, Umweltschutz gilt als Wirtschaftskiller, Flüchtlinge werden zu „marodierenden Banden“, das Innenministerium knickt die Polizeikennzeichnung und kümmert sich verstärkt um „linke Gefährder“. Kommunalsoli und sozialer Arbeitsmarkt? Weg damit! Kein Kind zurücklassen? Braucht keiner. Die vollmundigen Wahlversprechen „Weniger Stau“ und „Mehr Polizei“ sind bereits gebrochen. Die Landwirtschaftsministerin betreibt in ihrem eigenen Mastbetrieb Tierquälerei und der jetzt schon ehemalige "Medienminister" wurde entmachtet, ist aber trotzdem weiterhin Teil der Regierung. Es bleibt zu befürchten, dass er trotz allem demnächst Gesetze für eine Branche entwickelt, die ihm zu grossen Teilen quasi selbst gehört.

Die Politik in NRW droht zum Selbstbedienungsladen für UnternehmerInnen und LobbyistInnen zu werden. Und die Menschen? Glauben leider in weiten Teilen fürs Erste, dass Rot-Grün das Land heruntergewirtschaftet habe und wollen die neue Regierung „erstmal machen lassen“. Klar – irgendwann wird immer deutlicher werden, dass Gelbschwarz in NRW ne Luftnummer ist und ihre Politik nichts als Ungerechtigkeiten produziert. Dann müssen wir da sein und mit knallharten Konzepten klar machen, warum es NRW nur mit uns besser geht.

Doch leider ist die Kacke jetzt am dampfen. Warum? Die Umfragen zeigen: Schwarzgelb droht tatsächlich auch im Bund. Hier muss die CDU sogar noch viel weniger dafür tun, als in NRW: sie muss nichts versprechen, braucht keine Konzepte für Rente, Steuern, Arbeit vorzulegen, sondern profitiert einzig und allein von der Kanzlerin. Und die FDP? Stilisiert sich als runderneuerte Alternative und punktet mit einem ästhetisch (leider) starken und modernen Auftritt, zugeschnitten auf ihren Posterboy. Dahinter ist alles wie immer: Privat vor Staat, alles für Unternehmen, für ArbeiterInnen nur mehr Wochenstunden und Maloche bis 70 (mindestens).

Und diese Konstellation ist das, was mich wahnsinnig macht: Die CDU ist leer, ein inhaltlicher Wackelpudding ohne Plan und Kontur. Geben es die Prozentzahlen her und es kommt zu Schwarzgelb, wird die FDP wie in NRW leichtes Spiel haben: Sie wird sich wichtige Ministerien krallen und bis weit in die Richtlinienkompetenz mit ihrem kalten Neoliberalismus vordringen. Gleichzeitig bekommen die Konservativen – wie in NRW – quasi ein Update geschenkt, weil sie ja mit dem Stylo-Modernisierer Lindner abhängen. Ist diese Koalition geschmiedet, werden Lohnabhängige, MieterInnen, Azubis und RentnerInnen eine dramatische Verschlechterung ihrer Situation erleben – und die marktkonforme Demokratie wird in Deutschland etabliert. Vom Umweltschutz ganz zu schweigen.

Jede Stimme für uns ist eine Stimme gegen den Siegeszug des Neoliberalismus.

Dagegen hilft nur eine starke SPD – und das müssen wir den Menschen, die jetzt knapp vor der Wahl noch unentschlossen sind, ohne Pause klarmachen. Wir in NRW sind dem Rest der Republik dabei einen Schritt voraus: Wir wissen bereits, was mit Gelbschwarz droht. Lasst uns voran gehen und den Menschen klarmachen, dass Gerechtigkeit und Solidarität jetzt mehr denn je gebraucht werden. Gegen den neoliberalen Dammbruch. Gegen den sozialen Kahlschlag. Für ein Europa, das sich endlich wieder zusammenrauft und sozial neu erfindet.

Jede Stimme für uns ist eine Stimme gegen den Siegeszug des Neoliberalismus. Man kann es beim merkelschen Mehltau über der öffentlichen Debatte leicht vergessen – aber um nichts weniger geht es. Jede gelbschwarze Regierung ist eine zu viel. Also ab dafür, raus auf die Zielgerade, alles geben, Menschen überzeugen. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!







Frederick Cordes (31) ist seit 2010 Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos. Seit 2014 ist er Landesvorsitzender. Er hat Geografie an der Uni Duisburg-Essen studiert und mit einem Master abgeschlossen. Zur Zeit arbeitet er bei der SPD in Bielefeld.

#GERECHTIST FÜR MICH...

...wenn deine Wohnung keine Frage des Glücks ist. Es war einmal eine WG in Münster. Liebe Menschen, die zu Freund*innen wurden, eine tolle Lage und ein fairer Preis. Klingt nach einer tollen Geschichte. Aber wie das bei vielen Geschichten so ist, folgte auf die anfängliche Unbekümmertheit das Unglück. Nachdem einer meiner Mitbewohner*innen plante auszuziehen und ein*e Nachmieter*in gefunden werden sollte, machte der Vermieter Schluss mit der WG. Er wolle eigentlich gar keine WGs in seiner Wohnung. Unsere WG sei eine Ausnahme gewesen, weil er den nun ausziehenden Mitbewohner persönlich gekannt habe. Blabla. Kann er das machen? Darf er das? Gefragt habe ich mich das schon. Gemacht habe ich aber nichts. Weil ich das Gefühl hatte, sowieso am kürzeren Hebel zu sitzen und weil ich nicht da wohnen möchte, wo man mich nicht haben will. Wir sind also dem Konflikt aus dem Weg gegangen und haben gekündigt. Das alles ging ziemlich schnell. Und früher als mir lieb war musste ich Kisten packen und die Regale in meinem Zuhause ausräumen.

Am Anfang war das ok. Ich war motiviert, eine liebe neue WG zu finden. Ich dachte, dass das kein Problem sein würde. Es war ja mitten im Semester und ich war ja jetzt auch schon WG-erfahren usw. Leider nein, leider gar nicht. Es waren unzählbar viele Menschen auf Wohnungssuche - und kaum passende Angebote in Sicht. So eine WG-Suche kann ganz schön anstrengend sein. Weil es um was Wichtiges geht. Man hat ständig Erwartungen, die enttäuscht werden und trifft Menschen, die dann doch nicht so gut zu einem*einer passen. Von den krassen Preisen, die selbst für winzige Zimmer in guter Lage aufgerufen werden, ganz zu schweigen. Das alles ist schon aufreibend und es ist noch nicht alles. Besonders belastend wurde das Ganze, als mein Auszugstermin immer näher kam und ich immer noch nichts Passendes gefunden hatte. Vielleicht wäre es einfacher gewesen, wenn in dem BAföG, was ich bekomme, mehr als 250 € für Wohnraum vorgesehen wären. Oder wenn es einfach endlich genug bezahlbaren Wohnraum gäbe. Wenn Vermieter*innen auch an Menschen ohne Vollzeitjob gerne vermieten würden...

Am Ende habe ich dann all meine Sachen zu meinen Eltern gebracht und bin bei meinem Freund untergekommen, was ein riesiges Glück für mich war. Und nach ein paar Tagen ohne richtiges Zuhause habe ich dann doch noch eine super WG gefunden, in der ich mich sehr wohl fühle. Aber was ist mit all denen, die am Ende kein Glück haben? Die niemanden haben, bei dem*der sie unterkommen können? Wenn ich in den nächsten Wochen Wahlkampf mache, dann vor allem auch für das Thema Wohnraum. Denn: #gerechtist, wenn es bezahlbaren guten Wohnraum für alle Menschen gibt. #gerechtist, wenn Menschen da leben können, wo sie wollen. Und #gerechtist, wenn Wohnraum ein Zuhause bedeutet und zu einem guten Leben beiträgt statt den Menschen nur Sorgen und finanzielle Schwierigkeiten zu bereiten.

Anna, Studentin in Münster





...wenn alle Ausbildungen gut bezahlt werden! Hey, ich bin Kevin. Ich habe eine dreijährige Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger gemacht und arbeite nun seit anderthalb Jahren auf einer Intensivstation für Thoraxchirurgie. Die Ausbildung bestand zur Hälfte aus Unterricht in einer Pflegeschule und zur anderen Hälfte aus Praxiseinsätzen, die mir diverse Fachgebiete der Medizin näher brachten, aber auch die Arbeit in der Psychiatrie sowie der Ambulanten- und Altenpflege. Mit voranschreitendem Ausbildungsstand habe ich immer mehr Aufgaben übernehmen können und habe zum Ende hin Patient*innen größtenteils alleine versorgt.

Der Beruf erfordert viel Flexibilität, denn man arbeitet im normalen Krankenhausbetrieb im Dreischichtsystem. Das bedeutet, dass man sowohl im Früh-, Spät- als auch im Nachtdienst arbeiten muss. Flexibilität heißt auch: jedes zweite Wochenende zu arbeiten.

Durch die verschiedenen Stationen, die ich in meiner Ausbildung kennengelernt habe, habe ich auch oft mitbekommen, dass es zu wenig Personal gab. Die Arbeitsbelastung steigt, die Dienstpläne werden schlechter. Man arbeitet teilweise zwölf Tage am Stück, hat Spätdienste und muss am nächsten Tag um 6 Uhr morgens wieder zum Frühdienst auf der Arbeit sein und wird regelmäßig vom Vorgesetzten angerufen, doch nochmal einen Extradienst zu machen. Die Überstunden häufen sich an, die Wahrscheinlichkeit, dass Fehler passieren, steigt. Leidtragende sind nicht nur Angestellte, sondern auch die Patient*innen, um die es ja schließlich in einem Krankenhaus gehen sollte.

#gerechtist, wenn Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit ausreichend Personal ausgestattet sind. Doch dazu braucht es mehr Geld im Gesundheitssystem. Das könnte durch eine Bürgerversicherung gewährleistet werden. Wenn alle in die Krankenkassen einzahlen, profitiert das Gesundsheitssystem und damit am Ende alle.

Neben den Pflegekräften treffe ich im Krankenhaus auf viele weitere Azubis. So z.B. Medizinisch-technische Laborassistent*innen, Radiologieassistent*innen oder auch Physiotherapeut*innen. Auch diese Ausbildungen sind wie meine eine Mischung aus Schule und Praxis. Die Physiotherapeut*innen mobilisieren Patient*innen oder machen Bewegungsübungen mit diesen, die MTRAs helfen in der Röntgenabteilung oder im CT und die MTLAs sind im Labor. Mit höherem Ausbildungsstand übernehmen auch sie immer mehr Aufgaben und Verantwortung. Der einzige Unterschied: alle genannten Berufe zählen als „Schulische Ausbildung". Heißt: Sie sind unbezahlt. Eine weltfremde und ungerechte Regelung, die geändert werden muss. Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch ordentlich bezahlt werden. #gerechtist eine angemessene Mindestausbildungsvergütung!

...wenn Azubis endlich mehr bekommen. Hi, ich bin Steffi, gelernte Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung. Nach meinem Abi habe ich 2012 meine Ausbildung begonnen und mein bequemes Schüli-Dasein gegen das harte Berufsleben getauscht.

Wo die Ungerechtigkeiten anfingen? Auf dem Weg zur Arbeit. Ich wohne nämlich in Hamm, also 45 km bzw. 1,5 Stunden ÖPNV von meiner Ausbildungsstätte entfernt. Da sich von dem geringen Ausbildungsgehalt kein eigenes Auto finanzieren lässt, habe ich mir für ca. 120€ pro Monat ein Zugticket zulegen müssen. Das waren im ersten Ausbildungsjahr also rund 25% meines Nettogehalts und dafür wurde mir nicht mehr erlaubt als von Hamm nach Dortmund zu fahren. Für 120€ pro Monat konnte ich also nicht quer durch NRW reisen, so wie meine studierenden Freund*innen, die ein Semesterticket hatten. Ich habe also jede Freizeitfahrt, die nicht nach Dortmund ging, nochmal extra gezahlt. #gerechtist, wenn es keine verschiedenen Standards für Azubis und Studierende gäbe. Was das Gehalt angeht, habe ich selbst im dritten Lehrjahr für weniger als 5€ brutto pro Stunde gearbeitet. Eine eigene Wohnung lässt sich damit natürlich nicht finanzieren. In der Berufsschule habe ich aber erfahren, dass andere Betriebe sogar noch weniger gezahlt haben. So wenig, dass einige Azubis ohne Unterstützung nicht mal mit auf Klassenfahrt hätten fahren können.



#gerechtist eine Mindestausbildungsvergütung mit der sich ein vernünftiger Lebensstandard gewährleisten lässt und der die Arbeit von Auszubildenden auch würdigt.

Ich hatte Glück, dass mein Betrieb an guten Noten interessiert war. Daher wurden die Kosten für unsere Schulbücher und die Vorbereitungskurse zu Zwischen- und Abschlussprüfungen finanziert. Andere Azubis hatten weniger Glück mit ihren Betrieben und mussten alles von ihrem Gehalt bezahlen.

#gerechtist, wenn Bildung komplett gebührenfrei ist.

Bei einem Gewerkschaftsseminar, für das ich Bildungsurlaub nehmen konnte, habe ich erfahren, dass es unterschiedliche Regelungen gibt. Meine Kollegen aus Berlin haben nämlich einen Anspruch auf doppelt so viele Tage.

#gerechtist, wenn Azubis mindestens 5 Tage Bildungsurlaub pro Ausbildungsjahr haben.

Da ich mit der Personalpolitik in meinem Betrieb unzufrieden war, habe ich schon frühzeitig angekündigt, den Betrieb nach der Ausbildung zu verlassen. Alle meine Mitazubis, die übernommen wurden, haben nur befristete Verträge bekommen – z.T. sogar nur für 6 Monate.

#gerechtist, wenn sachgrundlose Befristungen der Vergangenheit angehören!

Trotz alledem bin ich froh eine Ausbildung gemacht zu haben. Danach habe ich nämlich die Freiheit mich auszuprobieren, ein Studium anzufangen und keinen Druck zu haben es zu beenden, wenn es mir nicht gefällt, da ich mit meiner Ausbildung gute Chancen habe, einen Job in der Branche zu finden. #gerechtist, wenn die Berufsausbildung und alle, die sich für sie entscheiden, endlich die Anerkennung erhalten, die sie verdienen!



...Aufstieg durch Bildung. Ich bin Susi, 25 Jahre alt und studiere an der Universität Bonn Politikwissenschaft im Master- und das ist bei weitem nicht selbstverständlich. Denn ich gehöre zu den wenigen die hier in Deutschland studieren, obwohl die Eltern nicht studiert haben. Mein Vater floh damals aus dem Krieg in Jugoslawien und musste hier in Deutschland erstmal die Sprache lernen, um danach seine Ausbildung zum Industriemechaniker machen zu können. Meine Mutter wuchs in der fränkischen Provinz auf und wurde nach der Realschule Beamtin im mittleren Dienst. Klar, das sind beides keine schlechten Jobs. Während der Schulzeit habe ich aber bereits gemerkt, dass es einen Unterschied machte und ich nicht dieselben Voraussetzungen wie meine Mitschüler*innen hatte. Da sich meine Eltern relativ früh scheiden ließen, war meine Mutter mehr oder weniger auf sich allein gestellt, wenn es um meine Erziehung ging und auch darum mich in der Schule zu unterstützen. Aber sie wollte unbedingt, dass ich es schaffe und dafür war ihr nichts zu teuer, auch nicht die Mathe-Nachhilfe, ohne die ich es wohl gar nicht erst bis zum Abi geschafft hätte.

Als ich es dann aber in der Tasche hatte, hieß es: was nun? Ich wollte studieren, aber meiner Mutter wäre eine Ausbildung lieber gewesen. Sie hatte Zweifel, ob ich in diese Welt passen würde - und mal ganz ehrlich, natürlich ging es dabei auch um Geld. Und tatsächlich hatte ich oft das Gefühl, dass es einem gerade bei der Finanzierungsfrage häufig schwerer gemacht wird, als notwendig. Der Bürokratiedschungel des BAföG-Amtes war alles andere als leicht zu durchkämmen. Als der Bescheid dann endlich da war, kam die Ernüchterung: Die Summe, die mir gewährt wurde, reichte nicht, um meinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Und sie schrumpfte von Jahr zu Jahr, weil meine Eltern mehr verdienten. Gleichzeitig stiegen meine Lebenshaltungskosten und auch die meiner Eltern. Die Berechnungen waren viel zu steif und unflexibel. Nach dem Wechsel des Studienganges hieß es dann ganz schnell: Bye bye BAföG.

An dieser Stelle muss ich klar sagen: nur weil ich das Glück hatte, ein Stipendium zu bekommen, ist es mir möglich Studium, Jusos, Arbeit und einfach nur Leben unter einen Hut zu bringen. Doch dieses Glück hat nicht jede*r. Deshalb ist es gerecht, die Bafög-Sätze endlich anzuheben, flexibler zu gestalten und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu berechnen!

Meiner Meinung nach, sollte jede*r den eignen Weg bestreiten dürfen. Es darf schlicht und ergreifend nicht sein, dass manchen Kindern weniger Chancen eingeräumt werden und ihnen mehr Steine in den Weg gelegt oder sie abgeschreckt werden, nur weil ihre Eltern nicht studiert haben. #gerechtist wenn jede*r die gleichen Chancen erhält und jede*r das machen kann, was sie oder er wirklich will!

DAS WAHLPROGAMM

Für Euch durchgeackert und zusammengefasst von:


Ingo Wagner


Jan Siebert


Johanna Gebhardt


Shari Kowalewski


Anna Dieren


Anna Spaenhoff


Felix Eggersglüß


Halice Kreß-Vannahme



GUTE ARBEIT

First things first: Gute Arbeit in den Fokus!
Für die Sozialdemokratie ist es bitterernst

Anhaltende Krise in Europa, große soziale Spaltung überall, digitale Umwälzung der Arbeitswelt – und dann auch noch Rechtsruck mit Trump, Erdogan, Gauland und Brexit. Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Phase von Umbruch und Unsicherheit. Deshalb muss für die Sozialdemokratie die Orientierung klar sein: First things first! Das hat für uns immer geheißen: Wir packen die Probleme bei ihrer (Haupt-)Wurzel – und die liegt in unseren Wirtschaftsverhältnissen, in der Arbeitsrealität. Kurzum: Say the dirty word: Capitalism. And deal with it! Oder auf Deutsch und etwas konkreter: Tut alles, um bessere Arbeitsverhältnisse, neue Sicherheit am Arbeitsplatz und Fortschritt/Emanzipation durch Arbeit zu gestalten! Nur das wird neues Vertrauen für unsere Sache schaffen.

Schockierend war es für uns, dass in den aktuellen Umwälzungen auch sozialistische/sozialdemokratische Parteien wie die PS (Frankreich) und die PvdA (Niederlande) unter die Räder gekommen sind. Auf dem IUSY World Festival hatten wir kürzlich die Möglichkeit, uns in persönlichen Gesprächen mit den Genoss*innen ein genaues Bild von diesen beiden Umbrüchen zu machen. Dabei stach heraus: Teil der Krise von PS und PvdA ist, dass sie das Primärziel von Guter Arbeit zur Umverteilung, Teilhabe und Selbstbestimmung aus den Augen verloren haben. Zu Gewerkschaften haben beide Parteien keinen verbindlichen Bezug mehr. All das ist ihnen in dieser Umbruchszeit gewaltig auf die Füße gefallen. Ein Gefühl von diesem Krisenbefund haben wir auch in der Breite bekommen: Dadurch, dass auf dem IUSY-Camp zwar täglich wichtige Angebote zu LGBTIQA*-Themen angeboten wurden, ARBEITSthemen jedoch Mangelware waren. Als Jusos und SPD müssen wir aus diesen Fehlern lernen. Das kann nur heißen: Wir müssen in Partei und Gesellschaft klarmachen, dass uns der Kampf um Gute Arbeit (4.0) bitterernst ist. Ohne sozialen Fortschritt ist alles nichts. Ohne gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit, zu der alle einen Zugang haben, werden gesellschaftliche Ressentiments nicht überwunden werden. Wenn sich weiterhin Abstiegsängste breitmachen, bröckelt die Basis für den Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung aller Art. Genau deshalb müssen folgende Forderungen aus dem Wahlprogramm für uns höchste Priorität haben:

- Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung! Denn 42% der jungen Menschen bekommen aktuell einen ersten Arbeitsvertrag, der ihnen keine sichere Zukunftsperspektive gibt.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Das ist in vielen Hinsichten keine Realität: Wir müssen den Gender-Pay-Gap, die Frauen massiv diskriminiert, endlich schließen. Das geht über neue Gleichstellungs- und Transparenzansprüche. Darüber hinaus muss gesetzlich geregelt werden, dass Leiharbeiter*innen vom ersten Tag an so gut bezahlt werden wie die Stammbelegschaft.
- Tarifverträge stärken! Tarifgebundene Unternehmen werden gesetzlich privilegiert und die Möglichkeit für Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wird verbessert.
- Das Chancenkonto einführen! Arbeitnehmer*innen können auf Basis eines Etats von z.B. 20.000€ Startguthaben selbst entscheiden, in welchen Bereichen sie sich zusätzlich weiterbilden.
- Arbeitszeitsouveränität schaffen! Beschäftigte sollen ihren Arbeitsalltag selbst gestalten können. Hierunter fällt auch ein stärkerer Rechtanspruch auf Familien-/Pflegezeiten sowie Sabbaticals, das Recht auf Nichterreichbarkeit und die Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit. Besonderen Wert legen wir darauf, dass der erkämpfte Acht-Stunden-Tag weiterhin bestand hat und Ruhezeiten eingehalten werden.
- Die Arbeitsversicherung! Und zwar auf Basis der Arbeitslosenversicherung; das heißt, die Bundesagentur für Arbeit soll im Arbeitsleben aktiv werden und mit den Beschäftigten zusammen Fortbildungsstrategien entwickeln.



EUROPA

Und wenn hier noch einer „Europa“ sagt…

Ein geeintes Europa, da scheinen sich ja alle halbwegs vernunftbegabten Menschen einig, ist wichtiger denn je. Umgeben von verrückten Egomanen, autoritäre Systeme an den Grenzen, der Frieden in Gefahr, dem Klimawandel ausgesetzt, wirtschaftlich unter Druck, ein angeknackstes Wohlstandsversprechen, Krisen allerorten. Zugegebenermaßen: Das klingt krass. Und auch wenn es nicht ganz so schlimm ist, es ist höchste Zeit, endlich anzupacken und die Zukunft Europas zu gestalten. Die Zukunft unserers Europas, des solidarischen Europas unserer Generation.
Und tatsächlich, ein Blick ins CDU-Wahlprogramm mit der Faulpelzstichwortsuche zeigt ein überraschendes Ergebnis: Die Schlagworte kommen ja (fast) alle vor. Also CDU-oleole-Supereuropapartei? Von wegen. Wichtig ist nämlich, was in den restlichen Worten im doch etwas Basti-Kurz-geratenen Europakapitel steht – und was die CDU bisher so geleistet hat. Wertegemeinschaft und klare Kante gegen autoritäre Systeme? Klar, aber bloß nicht gegen die EVP-eigenen Orbanistas. Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit? Schon irgendwie, nur bloß keinesfalls vom Sparkurs abrücken. Frieden schaffen durch Aufrüstung, illegale Einwanderung bekämpfen aber keine legalen Wege schaffen, Solidarität einfordern, aber um Himmels Willen nicht durchsetzen. Wieso denn auch? Läuft ja alles. Und während die Bundes-CDU bessere Arbeitsbedingungen auf dem Kontinent fordert und den Energiebinnenmarkt beschwört, sitzt die NRW-CDU in Düsseldorf, rasiert die Windenergiepläne und gibt der Tariftreue den Tritt in den Allerwertesten. Glaubwürdig geht anders; ganz davon zu schweigen, dass es den Konservativen gänzlich an konkreten Zielen fehlt.
Europa braucht eine echte Europapartei, die in Deutschland den Kanzler, einen glühenden Europäer stellt – und die SPD kann liefern. Nur mit uns gibt es:

- Ein massives Investitionsprogramm für Europas Infrastruktur, weil Zukunft gibt’s nicht für lau
- Dringend nötige Investitionen auch gegen die noch immer grassierende Jugendarbeitslosigkeit, damit Europa endlich wieder für alle Zukunft hat
- Eine Anpassung des Stabilitätspaktes, um die dringend nötige Flexibilität zu schaffen
- Die Sozialunion, die den Wettbewerb auch auf dem Arbeitsmarkt fair macht - und das ohne die eigenen Tarife und Regeln zu unterminieren. Mehr Mitbestimmung, Gleichberechtigung und Fairness
- Die europäische Verteidigungsunion, aber zur Freisetzung von Mitteln und nicht zur massiven Aufrüstung
- Die Durchsetzung der europäischen Grundwerte, die Durchsetzung des Solidaritätsprinzips und die Absage an ein Europa à la carte

Die SPD schreckt auch vor den schwierigen Themen nicht zurück. Wir wollen die Reform der Kommission, wir stehen immernoch für eine EU-Verfassung. Also auf und raus, für das solidarische, demokratische, gerechte Europa, das wir alle wollen. Nur mit uns! Am 24. September alle für die einzig echte Europapartei, am 24. September SPD wählen.



BILDUNG

„Bildung darf nichts kosten. Außer etwas Anstrengung."

So verkündet es unsere Partei – mal wieder – auf den Plakaten. Doch was für ein Konzept haben wir tatsächlich?
Im Parteiprogramm der SPD steht die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern ziemlich präsent. Dafür kämpfen wir seit Jahren, denn der Bund hat meist mehr finanzielle Möglichkeiten und kann so dafür sorgen, dass etwa die Schulen deutschlandweit gleichwertig ausgestattet sind.
Eine weitere wichtige Forderung ist die nach Gebührenfreiheit. Hiermit bekennt sich die SPD klar dazu, dass jeder Mensch das Recht auf gute Bildung hat und weder Geld der Eltern noch Herkunft dabei eine Rolle spielen dürfen. Die Forderung umfasst dabei den Bildungsweg von der Kita bis zum Master oder Meister.
Weitere Forderungen sind die nach mehr Ganztagsschulen, modernen Berufsschulen und einem Rechtsanspruch auf eine ganztägige Bildung und Betreuung. Die SPD begründet dies damit, dass jungen Menschen damit mehr Zeit zur Bildung gegeben wird. Martin Schulz selbst hat sich in der Vergangenheit zusätzlich immer wieder für ein Abitur nach 13 Jahren (G9) ausgesprochen. Schade, dass das nicht im Programm steht.
Schlussendlich soll auch massiv in die Schulsozialarbeit investiert werden, damit Kinder und Jugendliche auch hier gut versorgt sind.
Und das alles soll dann auch noch mit den verschiedenen Akteur*innen gemeinsam konzipiert werden und nicht über Köpfe hinweg: Eine solche Bildungsallianz bietet neben vielen Tücken auch gute Chancen auf einen ganzheitlichen Ansatz und gute Ergebnisse.
Keine neuen Forderungen denkt ihr? Stimmt, wir Jusos setzen uns seit Jahren für diese Punkte ein. Die SPD hat viele dieser Punkte auch schön öfter gefordert und gerade die NRWSPD hat die meisten Punkte im Wahlprogramm gehabt. Hier bietet sich also nun erneut eine Chance für gute Inhalte zu kämpfen und diese dann auch umzusetzen.
Wie Martin es so schön formuliert: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit.



STEUERGERECHTIGKEIT

SPD bei Investitionen voll auf Linie der NRWJusos
Bei der Steuerpolitik gibt es noch Luft nach oben

Die Kampagne der NRW Jusos „Zukunft gibt's nicht für lau!" setzte sich für Investitionen in Bildung, Mobilität und Infrastruktur ein. Liest man nun den Teil zur Steuerpolitik im SPD-Programm zur Bundestagswahl, klingt das fast so, als hätte die SPD bei uns abgeschrieben. „Zeit für Investitionen" und „Vorfahrt für Investitionen" heißt es dort. Auch die Dinge, in die die SPD investieren will, decken sich fast 1:1 mit den Forderungen der NRW Jusos. Nach der Wahl will die SPD in die besten Schulen, in kostenlose Kinderbetreuung, in gebührenfreie Ausbildung, in neue und bezahlbare Wohnungen, in moderne Verkehrswege, in schnelles Internet, in Innovation und Forschung, in Demokratie und Zusammenhalt, in Energieeffizienz, und schließlich in mehr PolizistInnen investieren. Fast alle Punkte finden sich so oder so ähnlich auch in unseren Beschlüssen. Vor allem aber die Tatsache, dass den Investitionen „Vorfahrt" eingeräumt wird, Steuersenkungen und Haushaltssanierung also erst an zweiter Stelle kommen, zeigt, dass die Kampagne „Zukunft gibt's es nicht für lau" Früchte trägt. Diese Früchte gilt es nun im Wahlkampf zu ernten. Konkret heißt das: Wir NRW Jusos müssen im Straßenwahlkampf noch mal alles geben, damit die SPD die nächste Bundesregierung anführen kann. Nur wenn die SPD den Kanzler stellt, können die Forderungen aus dem Wahlprogramm umgesetzt werden.
Auch bei der konkreten Ausgestaltung der Steuergesetzgebung hat die SPD einiges im Köcher: Familien sollen besser gestellt werden. Dazu schlägt die SPD einen Familientarif und einen Kinderbonus vor. Außerdem soll die Mittelschicht über die Einkommenssteuer profitieren. Diese Reform soll nicht etwa über Schulden oder Einsparungen finanziert werden, sondern von den Wohlhabenderen mitbezahlt werden, für die die SPD höhere Steuersätze vorsieht. Diese Umverteilung ist lobens- und erstrebenswert. Allerdings hat das Steuerkonzept der SPD auch einige Mängel. Die Einkommenssteuer, an der die SPD nun rumschrauben will, macht nur einen geringen Teil der Belastung der Mittelschicht aus. Die unteren Einkommen bezahlen fast gar keine Einkommenssteuer. Wie Studien zeigen, werden Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen stark von der Mehrwertsteuer und den Sozialabgaben belastet. Hier hat es die Partei versäumt Reformen anzugehen. Der weitere eklatante Mangel an dem Steuerkonzept der Partei ist der Verzicht eine Vermögenssteuer zu fordern. Die Superreichen werden so bei der Finanzierung der nötigen Investitionen nicht hinreichend berücksichtigt. Die Vermögensungleichheit, die sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten auf ein unanständiges Maß vergrößert hat, kann so ungehindert weiter wachsen. Falls es also trotz eines unermüdlichen Einsatzes der NRW Jusos nicht zu einem Wahlsieg reichen sollte, hätten wir schon Punkte, die beim nächsten Mal besser gemacht werden könnten. Egal, wie es aussgeht: wir bleiben am Ball.



MOBILITÄT



#gerechtist, wenn alle gut und günstig ans Ziel kommen

Der Abschnitt zum Thema Mobilität im Wahlprogramm der SPD liest sich wie unser Antrag zur Landeskonferenz 2015 – minus Azubi-Ticket. Oder wie eine Rede unseres damaligen Verkehrsministers in NRW: wir brauchen eine Verkehrswende. Und die gelingt nur mit massiven Investitionen in unsere Straßen, die Schienen, die Wasserwege, die Fuß- und die Fahrradwege. Wer schon mal quer durch NRW gereist ist – und das sind wir alle schon das ein oder andere Mal – kann ein Lied von Stau, von verspäteten Bahnen, von zerfallenen Bahnhöfen und davon, um halb zwölf irgendwo zu stehen und keinen Anschluss zu bekommen, singen. Mobilität ist ein Grundrecht, es sichert die Teilnahme am öffentlichen Leben, an Bildung, an Kultur. Wir wollen, dass alle Menschen möglichst günstig von A nach B kommen. Und das nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Und das nicht nur ein- oder zweimal am Tag.
Hierfür bauen wir den ÖPNV aus, wir investieren in Schienen, in Bahnhöfe, in Anschlüsse, in dunkle Unterführungen. Wir wollen weg vom Verbrennungsmotor. Der Dieselskandal hat uns vor Augen geführt, was für einen Dreck wir da tagtäglich in unsere Umwelt blasen. Nach dem ergebnislosen Dieselgipfel schickt Martin Schulz dann noch einen Fünf-Punkte-Plan dem Regierungsprogramm nach, in dem er eine verbindliche Quote für E-Autos, schärfere gesetzliche Regelungen für Hersteller und konsequente Überwachung der Emissionsgrenzwerte fordert. Weiter investieren wir in das Verkehrsmittel Fahrrad, mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren, sicheren Abstellmöglichkeiten und regionalen Radschnellwegen. Daumen hoch auch für die Förderung von Lastenrädern. Besonders gefällt das Bekenntnis zur Deutschen Bahn, bei der es nicht um die Maximierung des Gewinns, sondern um die Maximierung des Schienenverkehrs geht. Güter runter von der Straße, rauf auf die Züge und die Binnenschiffe. Neue Konzepte wie Carsharing fördern. Links, laut, läuft ist zwar unser Motto, beim Verkehr dann doch bitte bessere Lärmschutzkonzepte. Fazit: Mobilität liest sich gut, jetzt absolute Mehrheit holen und das Ganze umsetzen. Höchste Zeit die Weichen auf Richtung Zukunft zu stellen.



WOHNEN

Wohnraum – Wohntraum – Traumwohnung
Vom bezahlbaren Wohnen nicht nur Träumen!

Egal ob alt, jung, Malocher*in, Akademiker*in, in der Stadt oder auf dem Land - Menschen brauchen Wohnungen!
Für junge Menschen ist es die erste Wohnung ohne Eltern. In einer Wohngemeinschaft, in einem Wohnheim oder doch sogar schon die eigenen vier Wände. Hier wird geruht, gelernt, gefeiert, Wäsche gewaschen (oder auch nicht), Geschirr gespült oder Pappkartons entsorgt. Doch ob man auszieht, wie man wohnt und auch wo man hinziehen kann, hängt oft nicht nur vom Willen ab, sondern auch vom eigenen Geldbeutel oder dem der Eltern. Leider gehört das Thema Wohnraum mehr und mehr zu den Bereichen, in denen Alter, soziale Schicht und auch der Ort diktieren, was Du bekommst. Dazu ist der Wohnungsmarkt sehr intransparent. Muss das eigentlich so sein? #gerechtist das nicht!

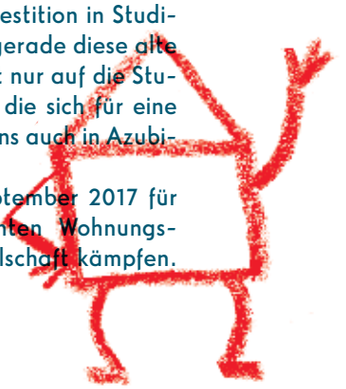
Deshalb packt die SPD das Thema Wohnen an! Die Reformvorschläge verheißen mehr als eine bloße Mietrpeisbremse: Für die Transparenz fordert die SPD im Wahlprogramm folgende Punkte:

- Die Vormiete (also das, was eine Wohnung vor deinem Einzug gekostet hat) muss zugänglich bzw. transparent sein
- Eine Auskunftspflicht der VermieterInnen wird umgesetzt
- Bessere, heißt genauere (tatsächliche Wohnfläche) Mietspiegel

Und für das Konto hat das Wahlprogramm auch gleich noch gute Forderungen parat:

- Mieter*innen können zu viel gezahlte Miete zurückverlangen
- Regelmäßige Anpassung des Wohngeldes
- Neubau von bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen

Für die SPD ist „privat vor Staat“ keine Lösung – schon gar nicht beim Thema bezahlbarer Wohnraum. Deshalb wird in einer SPD-geführten Regierung gelten, dass endlich wieder mehr Wohnungen durch die öffentliche Hand gebaut werden.
Gerade für junge Menschen hat die SPD noch einen richtigen Kracher im Wahlprogramm: Denn wer zu Beginn des eigenständigen Lebens zwar nix wie weg von Zuhause und auf den eigenen Füßen stehen und zudem direkt netten Anschluss finden möchte, für den sind Wohnheime genau das richtige. Für die SPD ist daher die Investition in Studiwohnheime ein wichtiges Anliegen. Doch gerade diese alte Arbeiter*innenpartei weiß: es kommt nicht nur auf die Studierten an, sondern auch auf Menschen, die sich für eine Ausbildung entscheiden. Darum wird mit uns auch in Azubiwohnheime investiert!
Klare Kiste mit klarer Kante: am 24. September 2017 für bezahlbaren Wohnraum und transparenten Wohnungsmarkt für alle Menschen in unserer Gesellschaft kämpfen. Darum für die SPD kämpfen!





Mein Name: Daniel Rinkert
Mein Alter: 29
Mein Wahlkreis: 108 – Neuss I
Meine Hobbies: Sport, Lesen, Kunst und Kultur
Gerecht ist... wenn KiTa, OGATA, Ausbildung und Studium gebührenfrei sind.
Das werde ich für junge Menschen umsetzen: Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung.
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte: Wir jungen Menschen stehen vor der großen Herausforderung das europäische Projekt von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verteidigen und mit neuen Impulsen zu füllen.

JUNGE STIMMEN AUS NRW IN DEN BUNDESTAG!

#gerechtist, wenn das, was junge Menschen bewegt endlich mehr Gehör in der Politik findet. An vielen Orten hast Du die Möglichkeit, junge Menschen mit deiner Erststimme in den Bundestag zu schicken. Wir stellen Sie Euch vor.



Mein Name: Elvan Korkmaz
Mein Alter: 32
Mein Wahlkreis: (Fast der ganze) Kreis Gütersloh I Wahlkreis 131 Gütersloh I
Meine Hobbies: Lesen, Städtereisen, Mädelsabende
Gerecht ist... wenn gute Arbeit auch endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit heißt und faire, verlässliche Renten ermöglicht.
Das werde ich für junge Menschen umsetzen: Gerade in meinem Wahlkreis ist für junge Menschen das Thema Mobilität sehr wichtig. Als Kommunalpolitikerin kämpfe ich seit Jahren für bessere Bus- und Bahn-Verbindungen und bessere Angebote etwa durch Schülertickets. Für einen attraktiven und modernen ÖPNV werde ich mich auch im Bundestag weiter stark machen.
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte: Einfach mal DANKE für euer Engagement. Mit der Kampagne #nichtfürlau etwa habt ihr dringend notwendige Zukunftsinvestitionen wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Dafür habt ihr in Berlin, im Land und vor Ort meine volle Unterstützung!



Mein Name: Dirk Wiese
Mein Alter: 34
Mein Wahlkreis: schönster Wahlkreis, das Hochsauerland
Meine Hobbies: In meiner Freizeit treibe ich regelmäßig Sport, am liebsten gehe ich Joggen in den heimischen Wäldern! Neben dem Laufsport ist Fußball meine große Leidenschaft – vor dem Fernseher, im Stadion und auch selbst auf dem Rasen – allerdings ist Schwarz-Gelb nur im Fußball gut.
Ich liebe die Musik. Ohne Musik wäre das Leben nicht vollständig. Von Metallica über Guns n'Roses bis zu den Toten Hosen ist es aber die rockige Variante, die dann laufen muss. Gelegentlich auch lauter.
Und das Reisen: Ob Camping oder mit dem Rucksack durch Südostasien. Ein Blick über den Tellerrand tut immer gut.
Gerecht ist... wenn in die Zukunft investiert wird, jede(r) gleiche Chancen hat und der ländliche Raum auf Augenhöhe behandelt wird.
Das werde ich für junge Menschen umsetzen: Junge Menschen brauchen eine gute Perspektive vor Ort. Kostenlose, hochwertige Bildung, von der Kita bis zur Fachhochschule, Universität oder zur Meister-Ausbildung ist nicht nur eine zwingende Voraussetzung, sondern ein Grundsatz sozialdemokratischer Politik. Azubi-WGtts können zudem junge Menschen für die Region begeistern. Wer in jungen Jahren bei uns im Sauerland vor der Entscheidung steht „Gehen" oder „Bleiben", der braucht Sicherheit, eine verdiente Grundlage und echte Perspektiven. Dann gründet er auch eine Familie, baut ein Haus und engagiert sich für die Jugend und in unseren Vereinen.
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte: Das Sauerland ist viel zu schön, um schwarz zu sein!



Mein Name: Heiko Becker
Mein Alter: 34
Mein Wahlkreis: Siegen-Wittgenstein
Meine Hobbies: meine Familie, Fußball und Laufen
Gerecht ist... wenn alle Menschen, die gleichen Möglichkeiten haben – egal welche Herkunft, welches Geschlecht, welche sexuelle Orientierung sie haben oder ob sie in einer Stadt wohnen oder im ländlichen Raum.
Das werde ich für junge Menschen umsetzen: die kostenlose Bildung, eine gute Ausbildung, einen Berufseinstieg ohne sachgrundlose Befristungen, mehr Wohnraum, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte: Geht wählen!



Mein Name: Robert von Olberg
Mein Alter: 28
Mein Wahlkreis:
Münster (Nr. 129)
Meine Hobbies: Als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker betreibe ich Politik derzeit als Hobby. Das würde sich mit dem Bundestagsmandat natürlich ändern. Ansonsten stöbere ich leidenschaftlich gerne in Buchläden und kann mich dann auch beim Kauf meistens nicht zurückhalten.
Gerecht ist... wenn die Herkunft eines Menschen nicht über seine Zukunft entscheidet.
Das werde ich für junge Menschen umsetzen:
Ich kämpfe für echte Chancengleichheit. Deshalb setze ich mich ein für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister und Master, für eine erstklassige Finanzierung von Bildung auch durch den Bund und für ein gerechteres Bafög, von dem mehr junge Menschen profitieren.
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte:
Mit ihrem Slogan „Zukunft gibt's nicht für lau" bringen es die NRW Jusos auf den Punkt: Wir müssen wieder mehr investieren, z.B. in ausreichend Kita-Plätze, gute Schulen und einen nachhaltigen öffentlichen Verkehr. Das gilt auch in Europa, wo Investitionen in Wachstum und Beschäftigung nötig sind, um die unerträgliche Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedsländern aktiv zu bekämpfen.



Mein Name: Mahmut Özdemir
Mein Alter: 30
Mein Wahlkreis: Duisburg II – 116
Meine Hobbies: Alles, was mit Verbrennungsmotoren und vier Rädern zu tun hat.
Und natürlich: Fußball!
Gerecht ist... wenn diejenigen, die keinen Hammer zum Schmieden ihres Glückes haben, einen von uns zur Verfügung gestellt bekommen.
Das werde ich für junge Menschen umsetzen:
Junge Menschen brauchen Planungssicherheit, daher: Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und Förderung von dauerhaften Arbeitsverhältnissen mit guter Bezahlung!
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte:
Ihr seid als Jungendorganisation der Partei eine große Unterstützung – vielen Dank dafür und weiter so!



Mein Name: Philipp Tacer
Mein Alter: 34
Mein Wahlkreis:
Düsseldorf-Nord (WK 106)
Meine Hobbies: Kunstausstellungen in- und außerhalb Düsseldorfs besuchen, Radfahren, gut erzählte Serien ansehen
Gerecht ist... Solidarität der Generationen, der Einsatz gegen die milliardenschwere Steuerumgehung von Großkonzernen, bezahlbare Wohnungen für alle, ein Europa, in dem nicht Banken und Sparprogramme im Mittelpunkt stehen, sondern Menschen und Investitionen in unsere Zukunft
Das werde ich für junge Menschen umsetzen:
Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, gebührenfreie Bildung für Kita, Schule, Hochschule und den Meister, Azubi-Ticket für Bus und Bahn einführen, sozial verträglichen Umwelt- und Klimaschutz als unser Generationenprojekt voranbringen
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte:
"Wir kommen um uns zu beschweren" (Tocotronic)



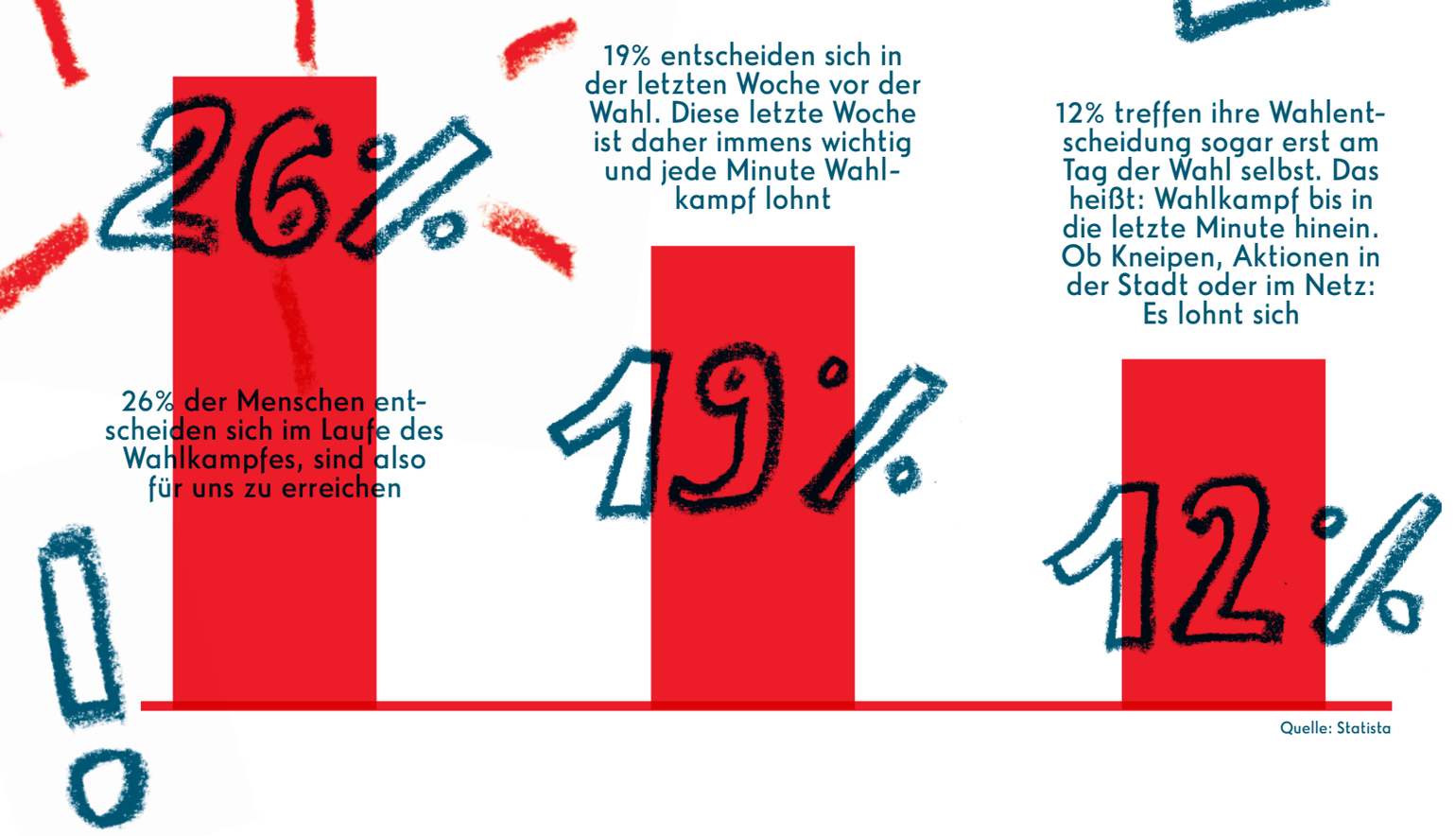
Mein Name: Wiebke Esdar
Mein Alter: 33
Mein Wahlkreis: Bielefeld – Gütersloh II
Meine Hobbies: Meine absolute Leidenschaft ist das Schwimmen, aber mein Herz schlägt auch für große Reisen. Um zur Ruhe zu kommen oder mal so richtig loszulachen, dürfen meine Mädeslabende natürlich nicht fehlen.
Gerecht ist... Gleichberechtigung. Egal ob jung, alt, arm, reich, homo- oder heterosexuell. Gerechtigkeit für jedermann steht immer an erster Stelle. Ein l(i)ebenswertes Mit-, wie auch Füreinander, ist ausschlaggebend
Das werde ich für junge Menschen umsetzen:
Für mich ist Bildung ein Menschenrecht. Wir nehmen junge Menschen ernst. Das bedeutet, dass wir sie auch an Entscheidungsprozessen beteiligen und sie in diesem Sinne als Demokratinnen und Demokraten darauf vorbereiten Teil unserer liberalen, offenen, rechtsstaatlichen demokratiachen Gesellschaft zu werden.
Was ich Euch schon immer mal sagen wollte:
Ich setzte mich für ein l(i)ebenswertes Miteinander ein. Wir müssen Hand in Hand gehen um uns standhaft gegen rassistisches und ausgrenzendes Gedankengut jeglicher Art zu wehren.

DIE LETZTEN METER
Warum sich das Durchhalten lohnt!

Blasen an den Füßen vom Rennen, an den Fingern vom Plakateaufhängen, Tennisarm vom Verteilen, Rücken vom Materialschleppen, kratzige Stimmbänder vom Diskutieren, wunde Fingerknöchel vom Anne-Tür-Klopfen, Augenringe von zu kurzen Nächten. Wahlkampf kommt von Kampf.
Und jetzt geht die wilde Fahrt erst richtig los. Denn auch wenn wir seit Wochen die Straßen und Plätze bevölkern, Menschen mit unseren Themen belatschert haben, bis sie ihnen und uns aus den Ohren rausgekommen sind und auch Socialmedial alle Kanäle geflutet haben – für viele Menschen beginnt erst jetzt die ernste Beschäftigung mit ihrer Wahlentscheidung. Das ist zwar manchmal schwer vorstellbar – aber statistisch belegbar: Ein Großteil der Menschen hat sich noch nicht entschieden!

Deshalb gilt jetzt zum Schlussspurt so sehr wie nie: Alles raushauen, für unsere Forderungen eintreten und weiterhin überall präsent sein! Wir haben das bessere Programm, den Plan für eine gerechte Zukunft und den besseren Kandidaten. Vor allem aber haben wir den längsten…Atem im Wahlkampf!
Besonders junge Menschen sind zu einem hohen Prozentsatz noch unentschlossen, ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Zwar ist die Politisierung unter Jungwähler*innen höher als zu Zeiten der klassischen „Politikverdrossenheit“. Dennoch haben Ereignisse wie der Brexit gezeigt, dass zu wenig junge Menschen ihre Filterblasen zugunsten der demokratischen Mitbestimmung verlassen. Die Wahlbeteiligung der Generation u35 ist geringer als die der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig – und das ist ein guter Punkt für uns – haben sich junge Menschen noch weit weniger festgelegt, wem sie ihre Stimme geben werden:

Es muss unser Ziel sein, diese Zahlen nach oben zu treiben! Machen wir jungen Menschen im Schlussspurt noch einmal unmissverständlich klar: Demokratie ist kein Schaukelstuhl! Wer die Wahl verpennt, wird mit Alexander Gauland im Bett wach. Und das kann nun wirklich niemand wollen. Vorwärts!



26% der Menschen entscheiden sich im Laufe des Wahlkampfes, sind also für uns zu erreichen

19% entscheiden sich in der letzten Woche vor der Wahl. Diese letzte Woche ist daher immens wichtig und jede Minute Wahlkampf lohnt

12% treffen ihre Wahlentscheidung sogar erst am Tag der Wahl selbst. Das heißt: Wahlkampf bis in die letzte Minute hinein. Ob Kneipen, Aktionen in der Stadt oder im Netz: Es lohnt sich

Quelle: Statista

AKTIONEN

EINE ZUGFAHRT, DIE IST LUSTIG!

WIE LÄUFT ES AB?
Steigt in einen Nahverkehrszug, habt Musik, Azubi-Tickets, Flyer dabei („Was zu lesen bei Verspätung!"). Einmal durch den Waggon, Sachen verteilen, nicht zu lange nerven, nächste Station aussteigen.

WAS BRAUCHT IHR DAFÜR?
Was ihr verteilen wollt. Neben Azubi-Tickets könnt ihr aber auch auf kostenlose Meister- und Masterplätze aufmerksam machen. Oder auf die neue Buslinie, die ihr fordert!





OCCUPY BÜCHEREI!

WIE LÄUFT ES AB?
Geht in Eure Uni- oder Stadtbib und „versteckt" Flyer oder Postkarten zwischen den viel genutzten Büchern. Wer sich in den nächsten Tagen so ein Buch greift, wird es sich dann eventuell anders überlegen und erstmal zu unserer Lektüre greifen.

WAS BRAUCHT IHR DAFÜR?
Flyer, Postkarten mit Wahlaufrufen, Zugang zur Bib.



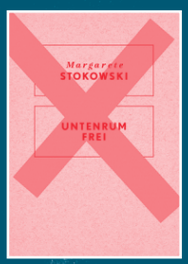
LIEGEN LASSEN!

WIE LÄUFT ES AB?
Doppelseitig bedruckte Zettel, die man in Cafés oder auf Parkbänke liegen lassen kann. Auf der umgedrehten Seite stehen eure Forderungen, zum Beispiel kostenloses WLAN für alle. Verweist auch auf eure Homepage, auf der man mehr dazu lesen kann. Auf der Vorderseite steht „Lässt du das wohl liegen!" oder „Nicht umdrehen!". Wer würde nicht mal drunter schauen?

WAS BRAUCHT IHR DAFÜR?
Papier, Stifte

BUCHKRITIK

Margarete Stokowski - Untenrum frei



„Wer untenrum frei sein will, der muss es auch obenrum sein“, sagt Margarete Stokowski.
Obenrum frei zu sein, bedeute Freiheit im politischen Sinne: frei von einengenden Rollenbildern, Normen und Mythen.
Das Buch spricht über die Dinge, die man in der Gesellschaft nicht ständig frei raushaut. Sex. Macht. Spaß. Und Probleme. Aber eigentlich geht es um noch viel mehr: Die Entdeckung des eigenen Körpers, auf sich allein gestellt, mit begrenzter Hilfe des Internets und eher semi-hilfreichen „Mädchenzeitschriften“; um Muster, die wir uns während unserer Kindheit aneignen und schwer wieder loswerden. Weitere Themen sind Körperideale, sexuelle Revolution, Gender Studies und fair bezahlte Arbeit, Anarchie und Herrschaft, ihre Poesie des „Fuck you“, Mythen über Sex und nicht zuletzt über die Manifestierung des Feminismus in Sprache. „Politik und Liebe verleihen uns das Gefühl mit der ganzen existenziellen Scheiße nicht allein zu sein.“ JA, MAN.
Ein ausgrenzender, bevormundender Feminismus ist Stokowski fremd, im Gegenteil: „Der Feminismus ist ein Kampf gegen Zwänge und für mehr freie, eigene Entscheidungen.“ Trotzdem ginge es darum, nicht nur sich selbst zu befreien, sondern weiterhin für die da zu sein, die keine Stimme haben. Wir haben das Privileg über Freiheit und Liebe nachdenken zu können, weil wir zum Großteil nicht täglich um unser Überleben kämpfen müssen, wie viele Menschen überall auf der Welt. Das sollten wir auf jeden Fall nutzen.
Ich bin begeistert von ihrer sehr offenen Art zu denken. Das Buch ist humorvoll und authentisch. Stokowski denkt nicht in absoluten Mustern und gibt sehr starke Argumente für die Richtig- und Notwendigkeit des feministischen Kampfes (Wann sind Ungerechtigkeiten auch jemals von allein verschwunden?). Ich spreche eine absolute Empfehlung aus!
Die Autorin ist Kolumnistin bei SPON und bei der taz, schreibt über Gesellschaft, Feminismus und auch über die SPD. Lohnt sich !



Lisa Zumbrock (19) kommt aus Paderborn, studiert Politikwissenschaft und Ethnologie in Göttingen und engagiert sich vor allem im Kampf gegen rechts.

DRAMAKRITIK

Pierre Carlet de Chamblain de Marivaux - Die Kolonie



Das Drama „Die Kolonie“ handelt von einer Gruppe Europäer*innen, die auf einer Insel gestrandet sind. Sie haben unterschiedliche soziale Hintergründe: Einige gehören dem Adelsstand an, andere sind einfache Menschen aus dem Volk. Weit entfernt von jedweder bestehenden gesellschaftlichen Struktur, beschließen sie, sich eine neue aufzubauen. Direkt zu Beginn des Dramas unterhalten sich zwei Frauen darüber und beschließen, dass es an der Zeit sei, dass Frauen an der Gesetzgebung genauso beteiligt sein müssen wie Männer. Sie kritisieren, dass es ihnen zuvor in ihrer Heimat nicht möglich war. Und jetzt kommt schon der erste spannende Punkt: Dieses Drama ist nicht zeitgenössisch, sondern von 1750! Geschrieben wurde es von dem Franzosen Pierre Carlet de Chamblain de Marivaux. Er erzählt in seinem Drama die Geschichte von Frauen, die in der Politik mitmischen wollen. Vorsicht, Spoiler (wobei das Ende recht schnell ersichtlich wird): Am Ende bestimmen die Männer die Gesetze wieder alleine. Grund dafür ist der scheinbar nicht zu überwindende Klassengegensatz zwischen den Frauen. Aber Marivaux setzt sich dennoch mit dem Thema auseinander, fungiert als Sprachrohr für das Sichtbarmachen der Unterdrückung von Frauen und verleiht dem Thema eine Stimme. Seine Dramen sind es wert, wiederentdeckt und Teil eines künstlerischen Theaters zu werden, das sich nicht auf Ästhetik beschränkt, sondern darüber hinaus Gesellschaft kommentiert. Sie sind nicht weltverändernd, aber sie können dazu beitragen, die Welt zu verändern. Denn in ihnen steckt eine politische Sprengkraft, die heute noch so brisant ist wie zu Marivaux‘ Zeit. Die Aktualität des Themas kann dem Drama nicht abgesprochen werden. Es kann gleichzeitig auch eine Aufforderung sein: Frauen aller Klassen vereinigt euch im Kampf gegen das Patriarchat!



Anna Luise Dieren ist Mitglied im LaVo mit dem Schwerpunkt Feminismus und kommt aus Moers. Dort arbeitet sie als Regieassistentin im Theater, nachdem sie ihre Abschlussarbeit an der Ruhr-Uni über die Darstellung von Frauenfiguren in Dramen geschrieben hat.

ZEITSCHRIFTEN KRITIK

Jalta



Der Name „Jalta“ erinnert wahrscheinlich die Meisten an den kleinen Kurort auf der Krim, in dem Anfang 1945 die Konferenz stattfand, bei der Stalin, Churchill und Roosevelt die europäische Nachkriegsordnung ausarbeiteten. Eher weniger werden spontan eine andere Jalta im Kopf haben – obwohl diese durchaus als eine antike Vorreiterin des Feminismus gesehen werden kann: Im Talmud, einer der wichtigsten Schriften des Judentums, gerät diese starke Frau so in Rage über die herablassende Behandlung durch einen älteren Herrn, dass sie aus Wut 400 Krüge Wein zerschmeißt.

Mit dem neuen, halbjährlich erscheinenden Magazin „Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart“ greifen die Macher*innen mit dem Namen beide Jaltas auf: Die Konferenz als Symbol des militärischen Siegs über Nazideutschland und damit als Grundlage für jüdisches Leben in Europa überhaupt und die talmudische Figur, die für Wut, Emanzipation und Kampf steht.

Die Herausgeber*innen wollen eine Plattform für „kritische Diskurse über politische und gesellschaftliche Verhältnisse und ein Forum für intellektuelle und künstlerische Auseinandersetzungen“ bieten. Wenig überraschend in erster Linie innerhalb der jüdischen Community in Deutschland, aber bei weitem nicht nur. Diese durchaus hohen, selbstgestellten Ansprüche führen zu einer bunten Mischung aus Essays, künstlerischen Text- und Bildarbeiten, Reportagen, Streitschriften und vielen anderen Formen, die sich alle mehr oder weniger um den jeweiligen Titel (in der ersten Ausgabe: „Selbstermächtigung“) drehen. Was dabei herauskommt, kann man vielleicht beliebig nennen, aber die Qualität der Texte leidet darunter nicht. So gehören zu den persönlichen Highlights des Rezensenten ein „Manifest für die Desintegration“, ein Portrait über den Juden, KZ-Überlebenden, Linken und einen der ersten Fernseh-Quizmaster der BRD Fritz Benscher, sowie eine notwendig-bissige Kritik an der „Wiederentdeckung“ der Schriften Heideggers unter Missachtung seines Antisemitismus. Wer ein gewisses Grundinteresse an jüdischer Gegenwart in Europa aus junger, oft (aber nicht immer) linker und kritischer Perspektive hat, wird mit diesem Magazin hoffentlich langfristig viel Freude haben. Die erste Ausgabe macht Lust auf mehr.



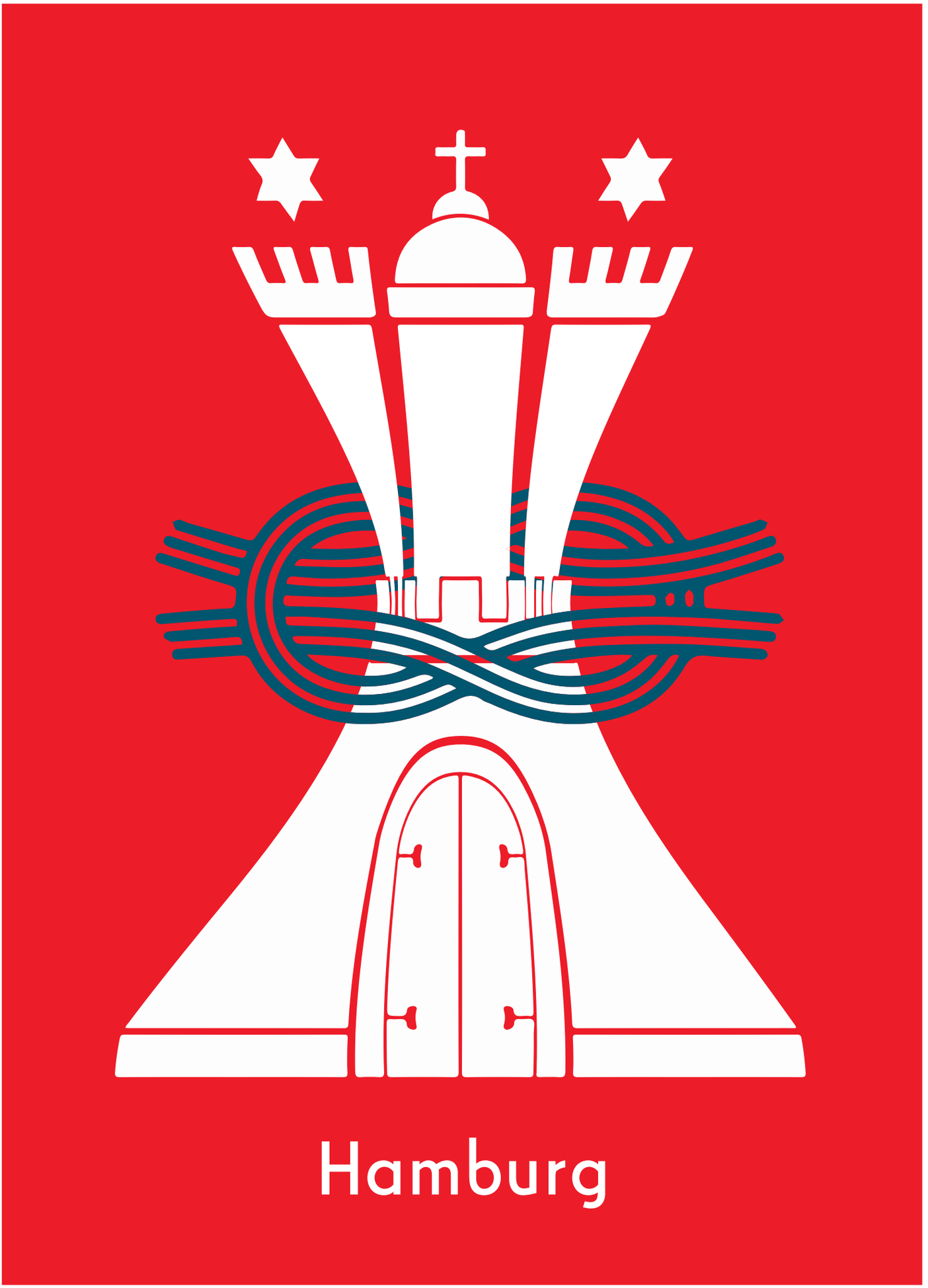
Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort u.a. die Leitlinie Antifaschismus. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

7. & 8. OKTOBER 2017 IN HERNE

#MACHNEU



16. ORDENTLICHE LANDESKONFERENZ DES JUSO-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN


Hamburg

Hamburg - Am Rande einer Demonstration ist es zu einem gewalttätigen Aufeinandertreffen von verschiedenen Staatschefs der Welt gekommen. Beteiligt waren ein amerikanischer Faschist, ein russischer Nationalist, ein chinesischer Autokrat, ein türkischer Diktator und viele weitere zwielichtige Gestalten. Das Ergebnis des Aufeinandertreffens lässt nichts Gutes für weltweite Demokratiebemühungen, Klimaverbesserungen und Abrüstung erwarten. Ein weiteres Treffen soll, unter Berufung auf Polizeikreise, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften verhindert werden. Einige Einsatzkräfte befänden sich noch immer, so ein Sprecher, in psychologischer Behandlung, weil „einige die unvermummten Köpfe von Erdogan, Trump oder Putin einfach nicht ertragen“ hätten. Das Aufräumen der angerichteten Schäden durch diese Gruppe dauert derweil an, wird aber noch Generationen von Menschen beschäftigen.

Fake News? Gegenöffentlichkeit? Perspektivwechsel.

Lasst uns über Schaden nachdenken. Schaden haben die, deren Autos in den Flammen der Krawall-Touris aufgegangen sind. Deren Geschäfte von Wochenend-Barrikadenkämpfer*innen in Brand gesetzt wurden. Deren Zuhause Schauplatz von Frust, Wut und Selbstdarstellung wurde. Sie werden mit Geldmitteln üppig entschädigt (Härtefallfonds in Höhe von 40 Millionen Euro).

Schaden haben die, die sich in die direkte Auseinandersetzung begaben. Sowohl auf Seiten der Polizei, als auch auf Seiten der Demonstrant*innen. Es gab zahlreiche Verletzte, genaue Zahlen sind schwer zu eruieren. Auf der einen Seite Menschen, deren Job es war, dort zu sein und die Arbeit so zu verrichten, wie es ihnen befohlen ward. Darunter einige Menschen, die offensichtlich nicht ganz unbefangen zur Arbeit gekommen sind und den mitgebrachten Frust an deutlich schlechter ausgestatten Menschen ausließen. Auf der anderen Seite Menschen, deren Willen es war, dort zu sein, um für eine gerechtere Welt zu demonstrieren. Darunter einige Menschen, die offensichtlich eine gerechtere Welt auf Polizeiblut und Asche aufbauen wollen und ihren Frust an Mensch und Material ausließen. Mitten drin: Anwohner*innen, die der Eskalation hilflos zuschauen mussten.

Den größten Schaden hat aber wohl die öffentliche Debatte genommen. Wenn Jens Spahn (Abgeordneter des schwarzen Blocks im Bundestag) von „Linksfaschismus“ spricht, wenn der schlechteste Innenminister seit Gründung der BRD, Thomas de Maizière, pauschal jedes Autonome Jugendzentrum schließen will, wenn Anwohner*innen von „Holocaust“ schwadronieren, wenn auch jede berechtigte Kritik am Polizeieinsatz und der Polizeigewalt als Dolchstoß in den Rücken der deutschen Nation gebrandmarkt wird, dann läuft hier etwas ganz gewaltig schief. Und es läuft etwas ganz gewaltig. Und zwar rechts. Die Rechten haben Angst. Angst vor denen, die noch mehr Angst haben. Die neuen alten Ganz-Rechten. Um AfD und ihren Vorfeldorganisationen keinen Spielraum zu lassen, gerieren sie sich selbst gleich als die, die sie schon immer waren. Mag „Ich halt mich aus jeder Debatte raus“-Merkel in den letzten Jahren auch einiges verdeckt haben, so ist doch spätestens rund um Hamburg die CDU und ihr bayerischer Alpenjagdverein wieder in vollem Glanze an die Öffentlichkeit getreten. Und einige von uns spielen dieses Spiel auch noch mit, aus Angst nicht im ausreichenden Maße staatstragend rüberzukommen.

Den einen sei dringend verbale Abrüstung ans vermeintliche Christenherz gelegt.

Und den anderen? Also uns? Wir dürfen nicht wie ein reudiger Hund jeder Wurst hinterherjagen, die uns aus dem bürgerlich-konservativen Lager hingehalten wird. Wir sollten uns der eigentlichen Gefahr annehmen. Die steht nicht links. Die sitzt im Weißen Haus, im Kreml, im Präsidentschaftspalast in Istanbul und an zahlreichen anderen Orten. Und hoffentlich nicht mehr lange im Kanzleramt.

PS: Wenige Tage nach Verfassen dieses Textes verbot das Innenministerium die Plattform „linksunten.indymedia.org“. Der Minister garnierte seine Begründung mit einem üppigen Waffenfund, den man bei den Betreibenden gemacht habe. Kurz darauf stellte sich jedoch heraus: Die Waffen gehörten nicht den Betreiber*innen von indymedia. Und waren überdies zum Großteil gar keine Waffen. Nur einen Tag später wurden zwei Menschen in Thüringen verhaftet. Sie planten nachweislich, „Linke“ zu ermorden. Einer von den beiden ist Polizeibeamter.



Lena Oerder kommt aus, und lebt in Köln. Sie arbeitet zwar als Anwältin in Düsseldorf, das jedoch zum Glück auf Arbeitneher*innenseite. Sie ist Mitglied im Juso-Landesvorstand. Ihr politisches Engagement steht unter dem schönen Stern der Gleichstellungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – außerdem steht sie auf Gedankenstriche.

EIN LAND. EIN PROZESS. KEINE GESELLSCHAFT. NUR NSU? – TEIL I

Nach fast viereinhalb Jahren neigt sich der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte seinem Ende zu. Man rechnet noch in diesem Jahr mit einem Urteil. Höchste Zeit einen Blick auf die sechs Jahre seit der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zu werfen.

WAS BEREITS SICHER IST

Zwischen den Jahren 1998 und 2011 ermordete die neonazistische Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (kurz: „NSU“) zehn Menschen, verübte drei Bombenanschläge und 15 Bankraube. Je nach Betrachtungsweise gehörten dem NSU mindestens Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe an (im Folgenden wird mit NSU* gekennzeichnet, wenn es um diese drei Personen geht, während NSU die Terrororganisation beschreibt, der mindestens diese drei Personen angehörten). Bekanntlich sind die ersten Beiden tot, während die Dritte als Hauptangeklagte vor Gericht steht. Alle drei waren den Behörden schon lange vor ihrem Untertauchen im Jahre 1998 als aktive Neonazis, GewalttäterInnen und auch für ihr terroristisches Potential bekannt. Immer wieder waren defekte Bomben oder Attrappen mit Hakenkreuzsymbolen gefunden worden, die den Dreien nachgewiesen werden konnten (s. Teil II in der nächsten Ausgabe). Vier Tage nach dem Tod von Böhnhardt und Mundlos stellte sich Zschäpe den Behörden und deckte damit selbst die Existenz der Terrorzelle auf. Mit dem Fund verschiedener Beweise wie Tatwaffen und Bekennervideos, werden erst ab November 2011 die Morde, Anschläge und Bankraube auch öffentlich dem NSU* angerechnet. Bis dahin ermittelten die polizeilichen Behörden fast ausschließlich in den Kreisen der Opfer. Begriffe wie „Ermittlungsgruppe Bosporus“ oder „Döner-Morde“ verunglimpften die Betroffenen.

ERST VERDÄCHTIGT, DANN VERGESSEN: DIE OPFER

Die ersten neun Morde wurden mit der gleichen Tatwaffe, einer tschechischen Pistole vom Typ Ceska, begannen. Alle neun Ermordeten waren Männer, acht stammten aus der Türkei, einer aus Griechenland. Mit der „BAO Bosporus“ fahndete die größte Ermittlungsgruppe, die es in der Geschichte der Bundesrepublik je gab, erfolglos nach den Täter*innen. Die Ermittlungen konzentrieren sich in allen Fällen fast immer ausschließlich auf das Umfeld der Opfer. Zwei Beispiele:
Im Juni 2005 wird Theodoros Boulgarides in seinem Schlüsseldienstladen erschossen. Als Waffe wird die oben erwähnte und den Behörden aus vorherigen Morden bereits bekannte Pistole identifiziert. Über 100 Zeuginnen und Zeugen werden befragt, keine davon mit Verdacht auf rechtsterroristischen Hintergrund. Stattdessen werden die Witwe, die beiden Töchter und weitere Verwandte und Bekannte wiederholt verhört und verdächtigt. Die Polizei befragte die Töchter, ob ihr Vater sie sexuell missbraucht habe und unterstellten dem Ermordeten und seiner Familie abwechselnd Kontakte zur türkischen Mafia, Spielsucht, Prostitution, Drogenhandel und Internetkriminalität. Wie bei allen anderen Fällen begannen die Ermittlungen in Richtung rechten Terrors erst nach der Selbstenttarnung des NSU* – das sind im Falle Boulgarides sechseinhalb Jahre nach der Tat und über elf Jahre nach dem ersten Mord, der dem Trio nachgewiesen wurde.
Am 4. April 2006 wird Mehmet Kubaşık in seinem Kiosk in Dortmund mit derselben Tatwaffe erschossen. Witwe und Kinder des Ermordeten werden getrennt verhört und lange verdächtigt. Wieder drehen sich die Verdachtsmomente ausschließlich um Drogengeschäfte, Mafiakontakte oder Kontakte zur PKK. Diese falschen Unterstellungen geraten an die Öffentlichkeit und stigmatisieren die Familie gesellschaftlich.
So oder so ähnlich spielte es sich in allen neun Fällen ab.
Eine Besonderheit in jeder Hinsicht ist der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter. Er ist der letzte (bisher) nachgewiesene Mord des NSU, der einzige an einer Frau und der einzige an einem Menschen ohne Migrationshintergrund. Das Motiv ist unklar und gibt Anlass zu zahlreichen Spekulationen, da offenbar nicht aus rassistischen Motiven – wie in den anderen neun Fällen – gehandelt wurde. Eine

weit verbreitete These sieht die ermordete Polizistin und ihren lebensgefährlich verletzten Kollegen als mehr oder weniger zufällig ausgewählte Opfer des NSU*, die als Repräsentant*innen des verhassten Staates er- bzw. angeschossen wurden. Allerdings werfen zwei Tatsachen Fragen auf: Mehrere Zeug*innen berichten übereinstimmend, dass insgesamt fünf Personen vom Tatort flohen. Dies ist eins von mehreren Indizien dafür, dass der NSU nicht nur aus dem Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bestand (s.u.). Weiterhin ist bekannt geworden, dass Michèle Kiesewetter indirekte Kontakte zum Ku-Klux-Klan und in die Thüringer Neonaziszene hatte. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass diese Kontakte zufällig waren und sie nicht deswegen ermordet wurde. Die Ermittlungen der Behörden nach dem Mord (der als einziger mit einer anderen Tatwaffe begangen wurde), gingen in verschiedene Richtungen, jedoch wieder – bis zur Selbstenttarnung des NSU* - nicht in die rechte Szene. Hauptverdächtig war lange Zeit eine Gruppe Roma, die sich als Landfahrer in der Nähe aufgehalten hatten. Sie wurden ohne weitere Indizien über Monate und in mehreren Ländern gesucht.

WER WAR DER NSU?

Wie oben erwähnt, gibt es Hinweise darauf, dass der NSU nicht nur aus Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bestand. Klar ist, dass der NSU* ein breites Umfeld hatte, das unterstützt und finanziert hat (s. Teil II). Ob man davon Personen auch als Mitglieder des NSU bezeichnen kann, ist diskutabel. Da ist zum Beispiel der Mitangeklagte André Eminger. Er war einer der wichtigsten Helfer des NSU*, besorgte Papiere und Unterkünfte und begleitete die Terroraktivitäten von Anfang bis Ende. Als Zschäpe vom Tod von Böhnhardt und Mundlos erfuhr, rief sie umgehend Eminger an. Der holte sie daraufhin ab (nachdem sie vorher die gemeinsame Wohnung des NSU* in Brand setzte) und half ihr bei ihrer viertägigen Flucht, bevor sie sich den Behörden stellte. Eminger sitzt nicht in Untersuchungshaft und bewegt sich weiterhin in der neonazistischen Szene, zuletzt wurde er bei einem großen Rechtsrockfestival in Themar gesehen. Ralf Wohlleben, ebenfalls mitangeklagt, kennt die drei Mitglieder des NSU* aus frühen Kameradschaftstagen. Er half maßgeblich beim Untertauchen der drei und steht auf einer Adressliste mit 34 weiteren Namen und Telefonnummern, die in den Trümmern der Wohnung gefunden wurden und die wichtigsten Kontakte für den NSU* darstellten. Auf dieser Liste steht auch Andre Kapke. Er war einer der Schlüsselfiguren bei der Finanzierung des NSU. Unter anderem organisierte er falsche Pässe, die er vom V-Mann Timo Brandt bekam (s. Teil II). An dem Tag des Todes von Böhnhardt und Mundlos und der Zerstörung des Wohnmobils, wurde Kapkes Mobiltelefon in direkter Umgebung geortet. Er behauptete, auf dem Weg gewesen zu sein, ein Auto zu kaufen.
Insgesamt kann man von einem hoch zweistelligen Umfeld des NSU ausgehen. Es ist bekannt, dass sich über den gesamten Zeitraum in diesem Umfeld ca. 40 V-Männer und –Frauen verschiedener Verfassungsschutzbehörden befanden. Mit diesem Netzwerk und der unrühmlichen Rolle der Behörden beschäftigt sich der zweite Teil zum NSU-Komplex in der nächsten Ausgabe von stadt.land.links. Darin wird auch ein Blick auf den Prozess und eventuell schon das Urteil geworfen.

Alle Informationen in diesem Text finden sich in Protokollen der Gerichtsverhandlung, sowie der zahlreichen Untersuchungsausschüsse im Bundestag und mehreren Landtagen. Die qualitativ hochwertigste Zusammenstellung dieser Unterlagen, weiterer Protokolle, sowie Analysen und Hintergrundinformationen bietet das antifaschistische Recherche- und Informationsportal NSU Watch (www.nsu-watch.info).

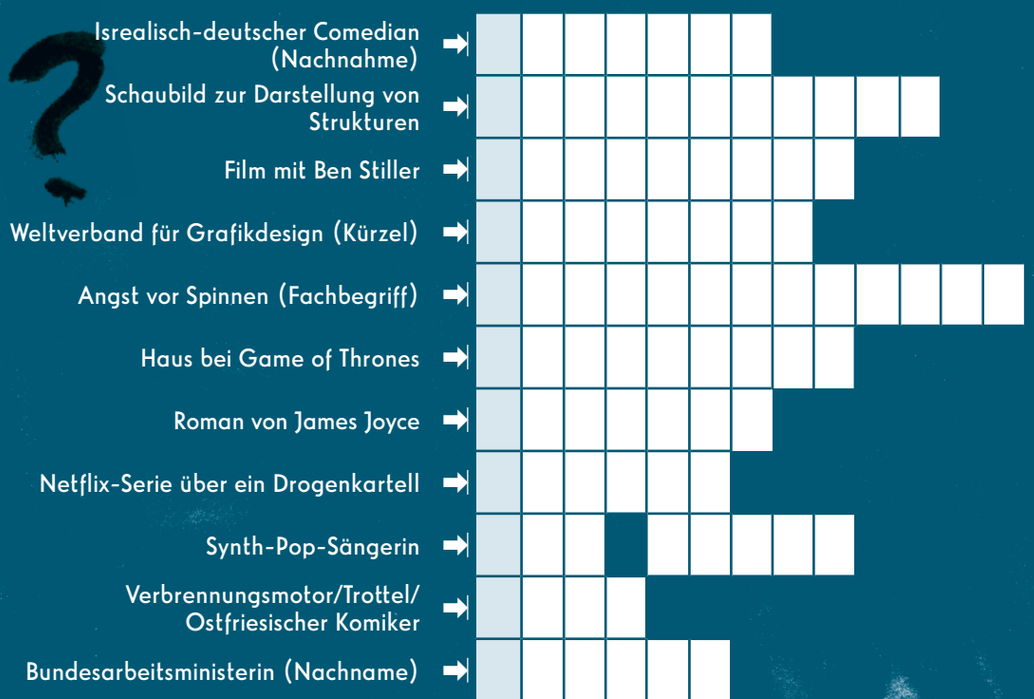


Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort u.a. die Leitlinie Antifaschismus. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

Erst verdächtigt, dann vergessen:
Die Opfer des NSU

Enver Simsek (38), 9. September 2000, Nürnberg
Abdurrahim Özüdogru (49), 13. Juni 2001, Nürnberg
Süleyman Taşköprü (31), 27. Juni 2001, Hamburg
Habil Kilic (38), 29. August 2001, München
Mehmet Turgut (25), 25. Februar 2004, Rostock
Ismail Yasar (50), 9. Juni 2005, Nürnberg
Theodoros Boulgarides (41), 15. Juni 2005, München
Mehmet Kubasik (39), 4. April 2006, Dortmund
Halit Yozgat (21), 6. April 2006, Kassel
Michèle Kiesewetter (22), 25. April 2007, Heilbronn

RÄTSEL



Lösungswort unter nrwjusos.de/aktuelles/raetsel.html einreichen und eins von drei Abos der Zeitschrift spw gewinnen. Einsendeschluss ist der 31.10.2017

Impressum

Herausgeber:
Jusos in der SPD
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Tel. 02 11/1 36 22-325
Web: www.nrwjusos.de
eMail: magazin@nrwjusos.de

V.i.S.d.P.: Guido Kleineheilmann
Grafik: Felicitas Horstschäfer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen